

# Annette Widmann-Mauz MdB

## PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

### WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



#### Papst Benedikt XVI. spricht im Deutschen Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland vom 22. bis 25. September besuchte seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. auch den Deutschen Bundestag und sprach im Plenarsaal zu den Abgeordneten. Im Gegensatz zu manchem Kollegen aus der Linksfraktion und der SPD verfolgte ich seine beeindruckende Rede.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche und des Staates Vatikanstadt mit Zustimmung aller Fraktionen eingeladen, im deutschen Parlament eine Rede zu halten. Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten sprach Benedikt etwa eine halbe Stunde lang. Der Papst, am 16. April 1927 als Joseph Ratzinger im oberbayerischen Markt am Inn geboren, wurde 1951 zum Priester geweiht. 1958 wurde er Theologieprofessor, 1977 Erzbischof von München und Freising und 1981 Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre in Rom.

Nach dem Tod Johannes Pauls II. wählte ihn das Konklave am 19. April 2005 zum 265. Papst. Er gab sich den Papstnamen Benedikt XVI. Er ist der erste deutsche Papst seit 1523 und das erste Oberhaupt der katholischen Kirche, das vor dem deutschen Parlament sprach. In der 62-jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages ist er das 13. amtierende ausländische Staatsoberhaupt, das eingeladen wurde, zu den Abgeordneten zu sprechen. Die „historische Bedeutung“ dieses Besuches hatte der Bundestagspräsident bereits im Vorfeld betont. In allen Fraktionen gebe es einen „ganz breiten Konsens“, so Lammert, dass die „seltene und zu unser aller Lebzeiten vermutlich auch nicht wiederholbare Gelegenheit, einen deutschen Papst in der deutschen Hauptstadt begrüßen zu können, auch durch eine Einladung, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen, begleitet werden sollte“.

Dass Benedikt XVI. die Ökumene in Deutschland ein „besonders wichtiges Anliegen“ ist, hatte Lammert im Anschluss an eine Privataudienz im Vatikan am 30. Mai betont. Gemeinsam mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) war Lammert nach Rom gereist, um mit dem Papst über die bevorstehende Deutschlandreise zu sprechen. Lammert hatte Frau Göring-Eckardt, die ebenfalls Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist, gebeten, ihn zu begleiten, „um auf diese Weise deutlich zu machen, dass auch und gerade aus der Perspektive des Deutschen Bundestages sich ein sehr starker Akzent der Erwartung auf das Thema Ökumene richtet“, sagte er. Im Anschluss an seine Ansprache im Deutschen Bundestag traf der Papst auch mit Vertretern der jüdischen Gemeinde zusammen. Zum Abschluss seines Berlinbesuches feierte er mit 70.000 Besuchern die Feier der Heiligen Messe im Berliner Olympiastadion. Das war ein sehr bewegendes Ereignis.

Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Flachsbarth, betonte, dass Deutschland ein weitgehend christlich geprägtes Land sei, in dem die katholische Kirche unter Vertrauensverlust leide. Sie äußerte die Hoffnung, dass der Papstbesuch eine Gelegenheit sei, Vertrauen zu schaffen.

Fragen der Religionsfreiheit, insbesondere der Lage bedrängter und verfolgter Christen in aller Welt, hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zum Auftakt der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und des Deutschland-Besuchs von Papst Benedikt XVI. an diesem Montag auf einem stark besuchten Kongress gewidmet. Hintergrund: Die Unionsfraktion beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Thema Religionsfreiheit und engagiert sich für bedrängte und verfolgte Christen. Auf dem Kongress schilderten Geistliche aus Nigeria, Indien und Syrien die Situation der Christen in ihren Regionen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder erklärte: „Gemeinsam mit den beiden großen christlichen Kirchen können wir die Situation bedrängter und verfolgter Christen in vielen Teilen der Welt verbessern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich auch weiter auf diesem Feld engagieren und Christen in aller Welt beistehen.“

Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus dem Parlament



### GKV-Versorgungsstrukturgesetz

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Versorgungsstrukturgesetz** beraten, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patientinnen und Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist.

Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln wird sichergestellt. Auch sollen Behandlungsabläufe für Patientinnen und Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden.

Die Sicherung der flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch dazu, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird.

Darüber hinaus sind die Regelung zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.



### Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt

In zweiter und dritter Lesung stand das **Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt** zur Verabschiedung an, welches nach der Jobcenter-Reform und der Leistungsrechtsreform im Bereich des SGB II und SGB XII der dritte wichtige Baustein zur umfassenden Reform der gesetzlichen Grundlage der Arbeitsmarktpolitik darstellt.



### Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Der **Jahresbericht 2010 des Wehrbeauftragten** hat uns in dieser Woche einen Überblick über besondere Anliegen der Soldatinnen und Soldaten und eine Einschätzung des Wehrbeauftragten über die Situation der Bundeswehr gegeben. Der Bericht steht, wie seine Vorgängerberichte, im Zeichen der Einsätze.



Der Wehrbeauftragte der Bundesregierung Hellmut Königshaus (FDP)

Foto: dapd

Kritisiert wird neben Defiziten in der Ausbildung und Problemen im Sanitätsdienst der von vielen Soldatinnen und Soldaten empfundene fehlende Rückhalt durch die Gesellschaft. Erwartet wird dem Bericht nach, dass allgemein mehr reger Anteil am Schicksal der Soldaten genommen wird, wie es durchweg in den Zivilgesellschaften anderer Länder erfolgt. Zwar identifiziere man sich in anderen Ländern nicht zwingend mit den Einsätzen, aber sehr wohl mit den Menschen, die in diese Einsätze geschickt werden.

### Tätigkeit des Petitionsausschusses 2010

In dieser Woche haben wir den **Bericht über die Tätigkeit des Petitionsausschusses 2010** debattiert.

Im letzten Jahr sind rund 17.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon 5.800 auf elektronischem Wege.

Werden die Massenzuschriften, übergebene Unterschriftlisten und elektronische Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen hinzugenommen, so haben sich ca. 1,8 Millionen Menschen an den Petitionsausschuss gewandt. 559 Petitionen wurden im Jahr 2010 im Internet veröffentlicht, diskutiert und mitgezeichnet. Im Diskussionsforum wurden 380.831 neue Mitglieder registriert.



# Annette Widmann-Mauz MdB

## Die Politische Lage in Deutschland



### Sichtbares Zeichen für verfolgte und bedrängte Christen

Mit einem stark besuchten Kongress zur Religionsfreiheit und zur Situation verfolgter Christen haben wir die „C“-Reihe am Montag dieser Woche fortgesetzt.

Lange wurde dieses Thema in Deutschland vernachlässigt. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die den Einsatz für Religionsfreiheit auf die politische Agenda gesetzt hat. Die große Resonanz auf unseren aktuellen Kongress zeigt, dass es uns gelungen ist, das Schicksal der verfolgten Christen zu einem Thema in der Öffentlichkeit zu machen. Vertreter beider großen Kirchen loben dieses Engagement.



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder beim CDU/CSU Kongress zur Religionsfreiheit

Unsere Gäste haben über die Probleme in Indien, Nigeria und im Nahen Osten berichtet. Besonders eindrücklich war die Schilderung der Ordensschwester aus Damaskus, die über die verzweifelte Lage der Irakflüchtlinge in Syrien berichtete.

Viele der irakischen Christen haben das Gefühl, in einer Sackgasse gefangen zu sein. Sie können nicht zurück in den Irak, weil es für sie dort keine Sicherheit gibt, und auch in Syrien, wo die Lage sich täglich verspitzt, haben sie keine Zukunft.

Auch Berichte aus Nigeria und Indien zeigen, wie unsicher die Lage für viele Christen dort ist, wo sie als Minderheiten leben. Es wurde aber auch deutlich, dass sich unser Einsatz lohnt und von den Bedrängten und Verfolgten vor Ort als Ermutigung verstanden wird. Die CDU/CSU-Fraktion wird sich im Deutschen Bundestag weiter dafür einsetzen, dass der Einsatz für Religionsfreiheit ein wichtiger Teil der wertegeleiteten Außenpolitik bleibt.

### Arbeitsmarkterfolg ist uns Ansporn und kein Ruhekissen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal verzeichnen wir nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere für Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg.

Auf diesem Erfolg werden wir uns nicht ausruhen. Deshalb gehen wir nach der Reform der Jobcenter und der Reform des Leistungsrechts in dieser Woche mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die dritte große Baustelle an.



Im Zentrum unserer Bemühungen steht dabei, durch eine wirkungsvollere Förderung arbeitsuchende

Menschen schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen. Gleichzeitig ordnen wir in der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu.

Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitssuchende mit genau der Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb schaffen wir mit dem Gesetz nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort.

### Rot-Rot ist abgewählt

Bei den Berliner Landtagswahlen hat die CDU am vergangenen Sonntag spürbar hinzugewonnen. Der geschlossene Auftritt im Wahlkampf und die bürgernahe Oppositionsarbeit sind von den Wählerinnen und Wählern belohnt worden.

Das Ergebnis zeigt, dass die CDU



auch in Großstädten zulegen kann. Rot-Rot ist abgewählt und die Grünen mit ihren hohen Ansprüchen gescheitert. Die Union ist bereit, in Berlin Verantwortung zu übernehmen und hat klar gemacht, wo ihre Schwerpunkte liegen: Wirtschaft und Infrastruktur, gut bezahlte Arbeit, bessere Bildung und mehr Sicherheit. Die SPD muss nun entscheiden, ob sie in Berlin in wichtigen Zukunftsfragen voranbringen oder sich mit den Grünen auf einen Koalitionspartner einlassen wollen, der wie anderorts wichtige Infrastrukturprojekte blockiert und Politik nur für einen Teil der Gesellschaft macht.

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus der Bundesregierung



### Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York zu nichtübertragbaren Krankheiten



Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB bei ihrer Rede vor den Vereinten Nationen

Vom 19.-20. September fand in New York das hochrangige Gipfeltreffen der Vereinten Nationen zur Prävention und Kontrolle nichtübertragbarer Krankheiten statt. Die deutsche Delegation wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin und CDU-Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Tübingen-Hechingen Annette Widmann-Mauz geleitet.

"Jährlich sterben mehr als 36 Millionen Menschen weltweit an nichtübertragbaren Krankheiten. Viele dieser Krankheiten können durch vorbeugende Maßnahmen, die wenig kosten, vermieden werden" erklärte Widmann-Mauz MdB und erläuterte die Ziele der Staatengemeinschaft: „Wir wollen eine politische Erklärung verabschieden, welche die entwicklungs-politische Dimension des Problems verdeutlicht und in der die Staaten sich verpflichten, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, Vorbeugung und Stärkung der Gesundheitssysteme zu ergreifen.

Nichtübertragbare Krankheiten, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und chronische Atemwegserkrankungen sind verantwortlich für ca. 60% aller Todesfälle weltweit, davon entfallen 80% auf Ent-

wicklungsländer. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass die durch diese Krankheiten verursachte Sterblichkeit innerhalb der nächsten Dekade deutlich zunehmen wird, wobei die höchsten Zuwächse in Afrika, Südost-Asien und im östlichen Mittelmeerraum zu erwarten sind (über 20%).

Widmann-Mauz MdB: "Nichtübertragbare Krankheiten teilen vier gemeinsame Hauptrisikofaktoren: Tabakkonsum, Bewegungsmangel, Alkoholmissbrauch und Ernährungsfehler, die alle durch gezielte Prävention und Aufklärung beeinflussbar sind. Deutschland fordert die internationale Gemeinschaft auf, ihre Kräfte zu bündeln, um dieser gefährlichen und auch volkswirtschaftlich schädlichen Entwicklung entgegen zu treten. Dabei wollen wir auch verstärkt gesellschaftliche Akteure einbinden."

Deutschlands Erfolge bei sog. „Disease Management Programmen“ (DMP), die freiwillige Versorgungsangebote für chronische Erkrankungen wie Diabetes melitus, koronarer Herzkrankheiten und Brustkrebs über die Krankenkassen anbieten, wurden bereits von der OECD besonders gewürdigt. Derzeit nehmen rund 5,8 Mio. Versicherte an den Programmen teil. Staaten wie Japan interessieren sich im Rahmen eigener Präventionsstrategien für das deutsche Modell zur Vermeidung von Begleiterkrankungen und Folgeschäden sowie zur Verbesserung der Lebensqualität.



# Annette Widmann-Mauz MdB

## Daten und Fakten



### Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland unter den besten Zehn.

Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in Forschung und Entwicklung. Als Schwachstelle benennt das Weltwirtschaftsforum den Arbeitsmarkt, hier landet Deutschland lediglich auf Rang 64.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Köln)

Diese Länder belegen im globalen Ranking der Wettbewerbsfähigkeit 2011 die ersten zehn Plätze

		2010
1	Schweiz	1
2	Singapur	3
3	Schweden	2
4	Finnland	7
5	USA	4
6	Deutschland	5
7	Niederlande	8
8	Dänemark	9
9	Japan	6
10	Vereinigtes Königreich	12

### Deutlicher Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen

War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisch deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert:

**von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011.**

Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

### Deutsche Hochschulen bei ausländischen Studenten beliebt.

Der Anteil von Studierenden aus dem Ausland lag in Deutschland im Jahr 2009 mit 9% deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 6 %.

Im Saarland (18 %), Berlin und Bremen (jeweils 13 %) gab es die höchsten Anteile an ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten. Dagegen fielen die entsprechenden Quoten für die neuen Länder relativ gering aus – Brandenburg erzielte mit 10 % Studierender aus dem Ausland noch den höchsten Wert, die niedrigsten Anteile hatten Thüringen (6 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern (5 %).



Besonders attraktiv waren deutsche Hochschulen für Studierende aus China. Sie belegten mit 12 % den Spitzenplatz in der Gruppe internationaler Studierender. Vor allem in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Sachsen waren chinesische Studierende stark vertreten. Die neben China größte Gruppe internationaler Studierender kam aus ost-europäischen Staaten, nämlich der Russischen Föderation, Polen und Bulgarien (jeweils 5 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)